

EP-W-01NEUalt Kapitel 2: Stärken, was uns zusammenhält: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 10.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-W Europawahlprogramm (Kapitel 2)
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

1 Jede*r Europäer*in soll sich frei entfalten können. Niemand wird zurückgelassen. Es geht
2 fair und gerecht zu. Diesen Anspruch haben wir an Europa. Alles in allem hat die Europäische
3 Union den Wohlstand auf dem Kontinent vergrößert. Aber Anspruch und Wirklichkeit passen
4 nicht zusammen. Die Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Nord und Süd,
5 Ost und West, klaffen auseinander. Genauso innerhalb der einzelnen Länder. Und die
6 ökonomische Globalisierung macht es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu
7 organisieren. Etwa wenn große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander auszuspielen, und
8 die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und die niedrigsten Löhne geraten.
9 Oder wenn Unternehmen und Vermögende sich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen mehr und
10 mehr entziehen oder erst gar nicht stellen. Diese Situation wird nun noch verschärft, weil
11 die Digitalisierung die Art, wie wir leben und arbeiten, radikal verändern wird.

12 In den letzten Jahren und Jahrzehnten war in der Europäischen Union sowie in vielen
13 Mitgliedstaaten die Auffassung vorherrschend, dass die Ökonomie Vorrang vor dem Politischen
14 hat, dass Regeln und Eingriffe in den freien Markt schädlich sind, dass es nur vom Willen
15 und Vermögen des Einzelnen abhängt, ob sie oder er glücklich wird. Diese Auffassung war
16 blind für die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die unsere Leben prägen und die es einigen
17 schwerer und anderen leichter machen. In der Folge ist die Schere zwischen Arm und Reich
18 weit auseinandergesprungen. Vor allem die einseitige Sparpolitik während der Eurokrise hat in
19 einigen Ländern eine ganze Generation ihrer Zukunft beraubt und Europa gespalten. Das ist
20 ein ökonomisches, ein soziales Problem und ein demokratisches Problem: Zu viele leben in
21 Armut, zu viele sind verunsichert, wenden sich enttäuscht ab, verabschieden sich aus der
22 Gesellschaft.

23 Wenn wir diese Probleme lösen und mehr Sicherheit, Perspektive und Vertrauen geben wollen,
24 müssen wir europäisch handeln. Denn angesichts der globalen Herausforderungen, angesichts
25 der international agierenden Konzerne, die Unternehmenssitze und Produktionen je nach
26 Steuer- und Lohnhöhe verlagern können, stoßen die Nationalstaaten an ihre Grenzen. Aber ein
27 solidarisches Europa als gemeinsamer Wirtschaftsraum kann ihnen Paroli bieten und einen
28 Rahmen setzen.

29 Für eine europäische Politik brauchen wir aber einen anderen Geist: Politik muss wieder das
30 Heft des Handelns aufnehmen und wir müssen für Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit für
31 alle kämpfen. Es gilt, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Nicht mehr ein Europa des
32 Sparzwangs und der Neiddebatten, sondern eines, das in die Zukunft seiner Bürgerinnen und
33 Bürger investiert. Europa soll europäische öffentliche Güter, die für alle da sind, wie
34 Klimaschutz, innere und äußere Sicherheit, Finanzstabilität, Forschung, eine europäische
35 Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, schaffen und durch gemeinsame
36 Steuern solidarisch und gerecht finanzieren.

37 Wenn Europa Steuerdumping entschlossen bekämpft, kann es dafür sorgen, dass auch die großen
38 Unternehmen und alle Vermögenden ihren gerechten Beitrag zum Solidarsystem leisten. Eine
39 krisenfeste und prosperierende Währungsunion sehen wir als Grundpfeiler einer starken und
40 solidarischen europäischen Gemeinschaft. Daher möchten wir die Währungsunion so
41 weiterentwickeln, dass weitere Krisen vermieden werden können und im Falle einer Krise
42 trotzdem die nötigen Instrumente zur Stabilisierung der Wirtschaft einsatzbereit sind. Wir
43 dürfen nicht wieder in eine Situation kommen, in der alleine die Europäische Zentralbank
44 ihrer Verantwortung für die Stabilisierung der Wirtschaft nachkommt.

45
46 Der Binnenmarkt soll so ausgestaltet werden dass er die Rechte von Umwelt, Verbrauchern und
47 Arbeitnehmer*innen umfassend schützt.

48 Europäischer Zusammenhalt heißt, allen Menschen in der EU soziale Rechte zu garantieren, sie
49 überall durchzusetzen und einklagbar zu machen. Gerade Jugendliche brauchen eine
50 Perspektive. Alle Menschen in der EU müssen sich auf faire Löhne und Arbeitsbedingungen, auf
51 einen Schutz vor Armut und Ausbeutung verlassen können. Gerade auch, wenn sie in
52 unterschiedlichen Ländern leben und arbeiten. Durch die Einrichtung von
53 Sonderwirtschaftszonen wird dieses Ziel konterkariert.

54 **2.1 EU-Haushalt neu aufstellen**

55 Europa muss in allen Mitgliedstaaten spürbar sein. Aber Europa gibt es nicht umsonst. Daher
56 ist für uns klar: Je mehr Aufgaben wir auf die europäische Ebene verlagern, umso mehr Mittel
57 müssen auch bereitgestellt werden.

58 Statt sich um die großen europäischen Zukunftsaufgaben zu kümmern, achten die nationalen
59 Regierungen im Wesentlichen darauf, dass sie den Anteil ihres Landes am gemeinsamen Budget
60 wieder zurückerstattet bekommen.

61
62 Dabei bieten gemeinsame Projekte, gemeinsame Beschaffung oder das Zusammenlegen von 28
63 Behörden auch erhebliche Einsparpotentiale. Wir sprechen uns dafür aus, den EU Haushalt
64 deutlich zu vergrößern, damit zum Beispiel die Sozial- oder Energieunion adäquat finanziert
65 werden und automatische Stabilisatoren die Wirtschafts- und Währungsunion gegen Krisen
66 absichern. Wir fordern einen EU-Haushalt in Höhe von 1,3 Prozent des europäischen
67 Bruttoinlandsprodukts, damit die Europäische Union die ihr bereits heute übertragenen
68 Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Wenn die europäische Ebene nach und nach mehr
69 Verantwortung übernehmen soll, dann muss das Volumen des EU-Finanzrahmens entsprechend mit
70 den zu erfüllenden Aufgaben wachsen. In dem Maße, wie die EU eigene
71 Einnahmequellen erschließt, reduzieren sich die nationalen Beiträge.

72
73 Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU sollte an die Legislaturperiode des Europäischen
74 Parlaments angeglichen werden und nicht länger davon unabhängig in 7-Jahres-Zyklen
75 verabschiedet werden. Wir wollen die gesamten Einnahmen und Ausgaben des Mehrjährigen
76 Finanzrahmens an übergeordneten Politikzielen und internationalen Vereinbarungen ausrichten
77 wie den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser
78 Klimaabkommen. Mit einem verpflichtenden Nachhaltigkeits-Check wollen wir anhand von fest
79 definierten Nachhaltigkeitskriterien die einzelnen Haushaltslinien darauf hin prüfen, ob sie
80 einen Beitrag dazu leisten, diese Ziele zu erreichen. Ein erheblicher Teil des EU-Haushaltes
81 muss für die aktive Bekämpfung der Klimakatastrophe reserviert werden und darf nicht in
82 fossile Energien fließen.

83 Ab 2021 wird Großbritannien nicht mehr in den EU-Haushalt einzahlen. Die dadurch entstehende
84 Gesamtlücke im EU-Haushalt in Höhe von mindestens 12 Milliarden Euro muss geschlossen
85 werden. Auch Deutschland muss dafür seinen Anteil am EU-Budget angemessen erhöhen.

86 Heute wird das Geld der EU oftmals falsch ausgegeben. So bildet im jetzigen EU-Haushalt die
87 Gemeinsame Agrarpolitik der EU den zweitgrößten Posten. Diese wird aber der Anforderung,
88 eine nachhaltige, klimaschonende und für die Bäuer*innen auskömmliche Landwirtschaft und
89 damit lebenswerte ländliche Regionen zu fördern, nicht gerecht, weil sie die
90 Industrialisierung der Landwirtschaft und damit die Überproduktion besser vergütet. Die
91 Agrargelder sollen konsequent nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“
92 auf Klimaanpassung, Umweltschutz und Tierwohl umgestellt werden.

93 Wir wollen, dass die EU strukturschwache Regionen und die Entwicklung ländlicher Regionen
94 auch in Zukunft unterstützt. Ärmere Regionen wollen wir besonders fördern, um die
95 Lebensverhältnisse der Menschen in Europa einander anzunähern. EU-Mittel wollen wir
96 gezielter dort einsetzen, wo Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen
97 europäische Unterstützung brauchen. Für eine geschlechtergerechte Verteilung der
98 Finanzmittel soll in Zukunft Gender Budgeting eingesetzt werden. Außerdem wollen wir die
99 Vergabe öffentlicher Aufträge vereinfachen, gerade für Kommunen und für kleinere Projekte.

100 *Eigene Einnahmen stärken die EU*

101 Mit Steuern kann man steuern – und das sollten wir auch auf europäischer Ebene tun, statt
102 einfach jeden Mitgliedstaat einen Scheck nach Brüssel schicken zu lassen. Wer eine starke
103 Union will, muss ihr auch eigene Einnahmen geben.

104 Europa soll dort besteuern, wo es eine faire Besteuerung besser sicherstellen kann als die
105 Mitgliedstaaten. Dies betrifft die Besteuerung von international tätigen Unternehmen, deren
106 Wertschöpfung häufig immateriell ist und sich keinem Land zuordnen lässt. So schaffen es
107 diese Unternehmen oft, sich der Besteuerung ganz zu entziehen. Wir wollen eine am Umsatz
108 orientierte europäische Digitalsteuer rasch einführen, um das Steuerdumping digitaler
109 Konzerne zu unterbinden.

110
111 In Zukunft muss die Unternehmensbesteuerung dann alle Branchen und Unternehmen erfassen. Wir
112 brauchen in einem ersten Schritt eine europaweit einheitliche konsolidierte
113 Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen und im zweiten Schritt eine
114 einheitliche europäische Unternehmensteuer inklusive fairer Mindeststeuersätze, die für alle
115 Unternehmen gleichermaßen gilt. Einen Anteil dieser Unternehmenssteuern wollen wir den
116 europäischen Bürger*innen zugutekommen lassen, denn Unternehmen erwirtschaften einen Teil
117 ihrer Gewinne nur dank des europäischen Binnenmarkts. So schützen wir auch junge digitale
118 Start-ups wie auch die lokal verwurzelte Wirtschaft vor unlauterem Wettbewerb der IT-Riesen.
119 Um Steuerflucht durch Gewinnverlagerung in Steuersümpfe außerhalb der EU zu vermeiden,
120 müssen wir darauf hinarbeiten mit den wichtigsten Handelspartnern der EU die
121 Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer gemeinsam zu konsolidieren. Sollte dies
122 nicht gelingen, müssen auch unilaterale Unternehmenssteuersysteme der EU in Betracht gezogen
123 werden, die sich nicht umgehen lassen.

124 Auch CO₂, Plastik und den spekulativen Handel mit Finanzprodukten können wir leichter in
125 Europa besteuern und damit gleichzeitig die Einnahmen der Union verbessern. Mit der
126 Finanztransaktionssteuer beteiligen wir Spekulanten an der Finanzierung des europäischen
127 Gemeinwesens, und wir beschränken den sinnlosen und gefährlichen Hochfrequenzhandel, der
128 solide Unternehmen und unsere Altersvorsorge bedroht.

129 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 130 • einen leistungsfähigen EU-Haushalt für gemeinsame Aufgaben,
- 131 • starke eigene Einnahmen für eine handlungsfähige Union,

- 132 • eine Beteiligung des Finanzsektors und der digitalen Wirtschaft an der Finanzierung
133 öffentlicher Aufgaben.
- 134 • die Einführung einer Finanztransaktionssteuer

135 **2.2. In Europas Zukunft investieren**

136 Die schwere Wirtschaftskrise Europas ist noch immer nicht vorbei. Ihre Folgen bestimmen nach
137 wie vor den Alltag vieler Menschen. Mehr als 15 Millionen Europäer*innen sind arbeitslos.
138 In Italien, Spanien und Griechenland finden vor allem viele Jugendliche keinen Job. Das
139 Leben einer ganzen Generation wird von Arbeits- und Perspektivlosigkeit geprägt.

140 Der harte Sparkurs als Konsequenz aus der Finanz- und Eurokrise hat die Lebensbedingungen
141 vieler Menschen massiv verschlechtert, die Krise in vielen Ländern verlängert und vertieft
142 und das Vertrauen in Europa unterminiert. Wir haben diese einseitige Sparpolitik,
143 vorangetrieben von Merkel und den europäischen Konservativen, immer abgelehnt. Nun ist es
144 Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel.

145 Wir wollen massiv in Europas Zukunft investieren, vor allem in Klimaschutz, Erneuerbare
146 Energien, alternative Verkehrskonzepte und die ökologische Landwirtschaft. Wir Grüne denken
147 Klimaschutz, Gerechtigkeit und Freiheit in Europa zusammen. Sozial-, und
148 wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen mit der ökologischen Modernisierung der
149 Industriegesellschaft verbunden werden. Unser Konzept des Green New Deal wollen wir dafür
150 weiterentwickeln, mit einem eigenen Haushalt für den Euro, der stabilisiert und investiert.
151 Neue Investitionen zum Beispiel in Klimaschutz, öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung
152 schaffen Arbeitsplätze und wirtschaftliche Perspektive für viele Menschen in Europa Das ist
153 die Voraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität auch in der Zukunft.

154 Durch die Finanz- und Eurokrise sind sowohl öffentliche als auch private Investitionen stark
155 zurückgegangen. Bei den öffentlichen Investitionen haben wir in Europa noch nicht einmal das
156 Vorkrisenniveau wieder erreicht. Es ist ein Investitionsstau von erheblichem Umfang
157 entstanden. Auch die EU2020-Ziele sind noch lange nicht erreicht. So fehlen allein bei den
158 Ausgaben für Forschung und Entwicklung noch über 100 Milliarden Euro jährlich. Wir brauchen
159 ein soziales Europa, das die soziale Sicherheit erhöht und Abstiegsängste mindert. Dazu
160 brauchen wir europäische Investitionen, die überall in Europa wirken und insbesondere den
161 Menschen in den strukturschwachen Regionen neue Perspektiven eröffnen und sie vor neuen
162 Krisen schützen. Um den Investitionsstau aufzulösen, müssen wir die Rahmenbedingungen für
163 nationale Ausgaben so gestalten, dass notwendige und nachhaltige öffentliche Investitionen
164 stärker möglich sind. Die Europäische Kommission hat hier in den letzten Jahren
165 richtigerweise die Spielräume für solche Investitionen erweitert. Darüber hinaus wollen wir,
166 dass die Anreize für staatliche Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts
167 verbessert werden, z.B. indem Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten
168 ähnlich wie private Investitionen über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit
169 stärken wir öffentliche Investitionen gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs.

170 Auch die privaten Investitionen sind zu niedrig und müssen gesteigert werden. Die
171 Europäische Investitionsbank leistet hier gute Arbeit bei der Finanzierung von kleinen
172 Unternehmen und Start-ups in Europa. Wir wollen sie weiter stärken. Der Europäische
173 Investitionsfonds für strategische Investitionen wurde vorübergehend zur Krisenbewältigung
174 geschaffen. Wir wollen ihn dauerhaft fortführen, anstatt ihn, wie ursprünglich geplant, 2020
175 zu beenden. Allerdings muss er sich neu ausrichten. Bislang wurden Mittel aus anderen
176 bewährten Programmen abgezogen. Das Geld kam häufig nicht dort an, wo es am nötigsten
177 gebraucht wird. Finanzierte Projekte waren nicht zusätzlich, sondern wären auch ohne EFSI
178 zustande gekommen. Zahlreiche Investitionen waren nicht nachhaltig im Sinne der Ziele für
179 eine nachhaltige Entwicklung der UN. Wir wollen, dass alle geförderten Investitionen

180 zusätzlich sind und sich strikt an Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft
181 ausrichten. Die Mitgliedstaaten sollen das Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank
182 erhöhen, damit diese den Fonds weiterführen kann.

183 Klimaschutz, der Ausbau erneuerbarer Energien, innere wie äußere Sicherheit,
184 Finanzstabilität, Forschung in nachhaltige Zukunftstechnologien, eine europäische
185 Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, soziale Absicherung – dies sind
186 europäische Gemeingüter, in die wir auch europäisch investieren wollen. So können wir die
187 Energiewende in ganz Europa nur dann vorantreiben und das Klima schützen, wenn wir in die
188 Vernetzung der bestehenden Stromnetze investieren und ein europäisches Netz schaffen. Denn
189 nur so kann Windenergie von den Niederlanden nach Österreich und Solarenergie von Spanien
190 nach Polen transportiert werden.

191 Europa soll verbinden. An der Grenze aber endet die Bahnfahrt manchmal abrupt oder es wird
192 kompliziert. Mit einem europäischen Bahnnetz verbinden wir die Menschen von Neapel bis
193 Tallinn. Während das Internet weltweit läuft, wird in Europa die digitale Infrastruktur des
194 21. Jahrhunderts noch immer in nationalen Grenzen geplant und gebaut. Das ist
195 anachronistisch. Wir wollen in ganz Europa schnelles Internet schaffen. Und bei der
196 Forschung zu neuen Technologien wie zum Beispiel der künstlichen Intelligenz kann Europa nur
197 gemeinsam erfolgreich sein.

198 Europas Sicherheit in einer unübersichtlichen Weltlage lässt sich am besten gemeinsam
199 gewährleisten. Die Schaffung europäischer Strukturen in der Verteidigung kann Europa
200 sicherer und unabhängiger machen. Das spart langfristig auch viel Geld.

201 Die innere Sicherheit Europas lässt sich am besten gemeinsam gewährleisten. Das spart
202 langfristig auch viel Geld.

203 *Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen*

204 Jugendliche brauchen überall in Europa eine Perspektive. Die arbeitslosen Jugendlichen in
205 Griechenland, Spanien und Italien sind auch unsere Arbeitslosen. Wir wollen eine große
206 Offensive für die Zukunft der europäischen Jugend.

207 In der Theorie gibt es bereits eine europäische Jugendgarantie, die allen jungen Menschen
208 unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre
209 Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Arbeitsplatz,
210 eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zusichert. Aber sie muss auch
211 funktionieren und darf nicht nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Deswegen wollen wir
212 die Jugendgarantie zu einem dauerhaften und besser finanziertem Instrument weiter
213 entwickeln. Die Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote müssen von hoher Qualität und
214 auskömmlich finanziert sein, beispielsweise angelehnt an die duale Ausbildung in
215 Deutschland, insbesondere in Zukunftsbranchen wie dem Klima- und Umweltschutz. Wir fordern
216 klare Qualitätsstandards, beispielsweise in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Bezahlung und
217 Befristungen. Junge Menschen dürfen durch die Jugendgarantie nicht zum schönen Schein in
218 unsicheren, befristeten Beschäftigungsverhältnissen oder unbezahlten Praktika geparkt
219 werden.

220
221 Gerade junge Menschen sind oft in besonders starkem Maße von prekären
222 Beschäftigungsverhältnissen und den Schlupflöchern bei bestehenden Mindestlohnregelungen
223 betroffen. Europa muss auch jungen Menschen soziale Sicherheit bieten. Wir wollen der
224 Ausbeutung in Praktikums- und Ausbildungsverhältnissen entgegenwirken. Deshalb setzen wir
225 uns dafür ein, dass alle, die im Rahmen ihrer Ausbildung Betriebspraktika ableisten, Teile
226 ihrer Ausbildung im Betrieb verbringen (wie beispielsweise in dualen Ausbildungen) oder
227 gerade am Anfang ihrer Berufstätigkeit stehen, fair entlohnt werden. Berufliche Ausbildung

228 darf nichts sein, was man sich leisten können muss. Außerdem führen gerade unbezahlte
229 Praktika häufig dazu, dass junge Menschen als kostenlose Arbeitskraft missbraucht werden.
230 Darum fordern wir, dass Praktika verpflichtend entlohnt werden.

231 Dazu gehört auch ein Programm der Europäischen Investitionsbank für zukunftsfähige Start-
232 ups, die überall in Europa von jungen Gründerinnen und Gründern auf den Weg gebracht werden,
233 dabei soll Geschlechtergerechtigkeit als Vergabekriterium verankert werden und insbesondere
234 Gründerinnen gefördert werden. Denn Länder mit leeren Kassen und Zombie-Banken können die
235 Jugendgarantie nicht mit Leben füllen. Viele Jugendliche haben in ihren Heimatländern
236 derzeit oft keine Chance auf eine Arbeit. Die EU soll ihnen dabei helfen, eine Ausbildung
237 oder einen Arbeitsplatz in einem anderen europäischen Land zu finden, wenn sie dies
238 wünschen.

239 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 240 • Investitionen in Europas Infrastruktur, Klimaschutz, erneuerbare Energie und
241 emissionsfreie Mobilität,
- 242 • Stärkung von Gründerinnen und Gründern,
- 243 • Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.
- 244 • Ausbildung und Praktika mit fairer Bezahlung

245 **2.3 Die Eurozone vor künftigen Krisen schützen**

246 Der Euro ist unsere gemeinsame Währung. Er wurde eingeführt, um Wohlstand zu schaffen und
247 dazu beizutragen, dass Europa noch enger zusammenwächst. Auch in unserem Alltag. Vieles
248 davon hat der Euro bereits eingelöst. Wo er versagt hat, liegt das an den
249 Konstruktionsfehlern der Währungsunion. Wir stehen zum Euro, doch wir wollen die
250 Währungsunion besser machen. Gerade die deutsche Bundesregierung hat das immer wieder
251 verhindert. Wir wollen die Zeit der Flickschusterei überwinden und einen Euro schaffen, der
252 die Europäer*innen zusammenführt.

253 Dieses Versprechen wurde in der Vergangenheit zu oft nicht eingelöst. Mit einer harten und
254 übertriebenen Sparpolitik wurden Finanz- und Eurokrise unnötig verlängert. Gleichzeitig
255 haben sich die Staats- und Regierungschef*innen, und allen voran die Bundesregierung, einen
256 schlanken Fuß gemacht und viel zu sehr auf die Europäische Zentralbank vertraut, die mit
257 niedrigen Zinsen und weitreichenden Maßnahmen die Kohlen aus dem Feuer holen musste. Das
258 darf nicht so bleiben.

259 Denn ein Exportland wie Deutschland, das am meisten vom Euro profitiert und in dem Millionen
260 von Arbeitsplätzen von einer stabilen Währung abhängig sind, kann sich nicht damit zufrieden
261 geben, wenn wir einen Haushalt mit schwarzer Null vorlegen, anderswo aber die
262 Jugendarbeitslosigkeit steigt. Es liegt in unserem eigenen Interesse, dass sich alle
263 Mitgliedstaaten gut entwickeln und jungen Menschen eine Zukunftsperspektive bieten.

264
265 Das schließt ein, mehr als bisher auf Zusammenhalt und Solidarität in der Eurozone zu
266 setzen.

267 Eine stabile und demokratische Währungsunion hat drei wesentliche Elemente: Erstens müssen
268 wir in europäische Gemeingüter investieren und durch ihre Finanzierung wirtschaftlichen
269 Krisen entgegenwirken. Zweitens wollen wir die Bankenunion vollenden, damit einige
270 verantwortungslose Banken nie wieder die ganze Währung gefährden können. Und drittens wollen
271 wir die wichtigen Entscheidungen aus den Hinterzimmern holen und demokratischer Kontrolle
272 unterwerfen.

273 *Euro stabilisieren*

274
275 Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euro
276 übernehmen. Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht alleine verantwortlich. Dafür
277 braucht es eine gemeinsame Haushaltspolitik in der Eurozone und der EU, da die Krise gezeigt
278 hat, dass nationale Fiskalpolitik alleine zu Schieflagen und unnötig langen Krisen führt –
279 selbst bei Mitgliedstaaten, die sich wie Spanien und Irland immer an die Regeln hielten.
280 Außerdem braucht es ein Instrument, das im Abschwung die Abwärtsdynamik abfedert. In seiner
281 heutigen Form kann der EU-Haushalt diese Funktion eines automatischen Stabilisators in einer
282 Konjunkturkrise aber nicht erfüllen. Wir möchten dafür die Instrumente schaffen bevor es zu
283 einer Krise kommt. Deshalb schaffen wir einen eigenen Haushalt für den Euro, der
284 stabilisiert und investiert. Dieser Haushalt ist für alle Länder der Eurozone gedacht und
285 für alle anderen EU-Mitgliedsländer offen. Wer sich über die Bekämpfung von Steuerbetrug und
286 einer gemeinsamen Körperschaftssteuer an den Einnahmen des Haushalts beteiligt, macht mit.
287 Der eigene Haushalt für den Euro, der stabilisiert und investiert, sollte im Rahmen der EU-
288 Finanzen verankert sein, so dass das europäische Parlament bei der Aufstellung und Kontrolle
289 gleichberechtigt mitentscheidet.

290
291 Kernaufgabe des Haushalts für den Euro ist die Finanzierung von Europäischen Gemeingütern
292 und Investitionen. Er speist sich aus konjunkturabhängigen Einnahmen wie einer gemeinsamen
293 Unternehmensteuer sowie dem Kampf gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerhinterziehung.
294 Dadurch wirkt er stabilisierend. Die Mitgliedstaaten werden im Abschwung entlastet, da sie
295 dann weniger einzahlen müssen, profitieren aber trotzdem von den Ausgaben. Das ist gelebte
296 europäische Solidarität und stabilisiert die gesamte EU. Um die entsprechende Wirkung zu
297 entfalten, bedarf es einer relevanten Größenordnung. Wir streben daher mittelfristig einen
298 Umfang von mindestens 1% des gemeinsamen BIP an. Der Umfang muss über die Zeit und mit den
299 dorthin übertragenen Aufgaben nach und nach größer werden. Dabei handelt es sich nicht um
300 neue Aufgaben, die durch zusätzliche Steuern finanziert werden, sondern um eine Verlagerung
301 der Finanzierung von solchen Gemeingütern und Investitionen in den sozial-ökologischen
302 Umbau, die auf europäischer Ebene effektiver durchgeführt werden können.

303
304 Unser Ziel ist, dass perspektivisch alle EU-Mitgliedstaaten von der Funktion eines
305 automatischen Stabilisators profitieren können. Der eigene Haushalt für den Euro, der
306 stabilisiert und investiert, ist für uns nur eine Zwischenlösung, um in Richtung eines
307 stärker EU-eigenfinanzierten EU-Haushalts zu gelangen, der die EU noch stärker zu einer
308 politischen und sozialen Union macht. Der Weg dahin ist wegen des Einstimmigkeitsprinzips
309 schwer und lang. Deswegen gehen wir mit dem eigenen Haushalt für den Euro, der stabilisiert
310 und investiert, den ersten Schritt mit denjenigen, die bereit sind mitzumachen. Wir
311 erwarten, dass durch die Sogwirkung der gemeinsam finanzierten öffentlichen Güter sich auch
312 die heutigen Nichteuroländer diesem Instrument schnell anschließen, indem sie sich dem
313 gemeinsamen Kampf gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerbetrug anschließen und sich an
314 der gemeinsame Unternehmenssteuer beteiligen. Wir befürworten eine Euro-Heranhilfshilfe
315 für Nicht-Euro-Staaten zur Unterstützung von Reformen. Alle den Euro betreffenden
316 Entscheidungen haben auch unmittelbare Auswirkungen auf Nicht-Eurostaaten. Deshalb müssen
317 neue Instrumente für alle EU-Staaten konzipiert sein oder Nicht-Eurostaaten zur Teilnahme an
318 weiteren Reformen ermutigen.

319 *Probleme nicht zu Lasten der Gemeinschaft lösen*

320
321 Zu einem krisenfesten Euro gehört auch, dass sich alle Mitgliedstaaten an die gemeinsamen
322 Regeln halten, egal ob es um Haushaltsdefizite oder Leistungsbilanzüberschüsse geht. Die
323 deutsche Bundesregierung kritisiert gerne andere Länder, verstößt aber mit einem hohen

324 Leistungsbilanzüberschuss – das heißt, Deutschland exportiert mehr, als es importiert – seit
325 Jahren selbst gegen europäische Regeln. Leistungsbilanzungleichgewichte müssen effektiv
326 begrenzt werden, um der Entstehung möglicher Krisen frühzeitig vorzubeugen. Die
327 Sanktionierbarkeit von Defiziten und Leistungsüberschüssen muss einander angeglichen werden.
328

329 Das bedeutet, dass sich auch Überschussländer wie Deutschland aktiv an der Verminderung von
330 außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten beteiligen müssen. Dies kann sowohl durch
331 Lohnsteigerungen als auch über erhöhte öffentliche und private Investitionen erfolgen. Damit
332 stärken wir den gemeinsamen Währungsraum, die Arbeitnehmer*innen in Deutschland und die
333 inländische Digital-, Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur.

334 Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euro
335 übernehmen. Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht alleine verantwortlich. Deshalb
336 befürworten wir einen eigenen Haushalt für die Eurozone im Rahmen der allgemeinen EU-
337 Finanzen. Wir schaffen ein EurozonePlus-Budget, das in dem Maße aufwächst, wie sich die
338 beteiligten Mitgliedstaaten darauf einigen, darüber gemeinsame Aufgaben gemeinsam zu
339 finanzieren, die sie bisher national finanziert hatten. Solche europäischen Gemeingüter
340 wären zum Beispiel ein gemeinsames Eisenbahnnetz, ein europäisches Stromnetz für erneuerbare
341 Energien oder eine flächendeckende digitale Infrastruktur für Europa. Dieses EurozonePlus-
342 Budget soll möglichst im Rahmen des mittelfristigen Finanzrahmens für alle Mitgliedsländer
343 der Union offen sein. Es speist sich aus gemeinsamen konjunkturabhängigen Steuern.
344 Insbesondere wollen wir eine gemeinsame Unternehmenssteuer vorantreiben, die besonders
345 antizyklisch wirkt, Bürokratie für grenzüberschreitende Unternehmen abbaut und Steuerdumping
346 beendet. Deutschland und Frankreich sollten hier vorangehen. Durch ein so finanziertes
347 Budget werden Mitgliedstaaten in konjunkturell schwachen Zeiten entlastet. Das stützt die
348 Wirtschaft und bewahrt Arbeitsplätze. Der Haushalt für die Eurozone sollte verpflichtend für
349 alle Euroländer, aber offen für alle sein, daher „EurozonePlus“.

350 Auf- und Abschwung verteilen sich über die Mitgliedstaaten unterschiedlich. Um diese
351 unterschiedlichen Auswirkungen auszugleichen, reichen nationale und geldpolitische Maßnahmen
352 nicht aus. Europa braucht neue Strukturen, um mit diesen Schiefen künftiger besser umgehen
353 zu können. Das oben beschriebene Eurozone+ Budgets ist dafür das beste Instrument und wir
354 fordern dies als ersten Schritt.
355

356 Eine europäische Arbeitslosenversicherung würde die ausgleichende und stabilisierende
357 Wirkung des Eurozone+ Budgets noch verstärken. Wir wollen daher als zweiten Schritt eine
358 Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherungen einführen. Wir setzen uns
359 desweiteren für eine Europäische Basis-Arbeitslosenversicherung ein, die durch die
360 nationalen Sicherungssysteme ergänzt werden soll. Wir sind uns aber bewusst, dass die
361 Einführung einer solchen Europäischen Arbeitslosenversicherung eher ein mittelfristiges
362 Projekt ist.

363 In der Eurokrise hat der Internationale Währungsfonds im Rahmen der sogenannten Troika stark
364 eingegriffen. Die Troika hat umfassende Anpassungsprogramme in den Programmländern
365 durchgedrückt, mit starken sozialen Verwerfungen. Das Handeln der Troika hat in vielen
366 Programmländern das Vertrauen in die europäische Demokratie beschädigt. Deswegen wollen wir,
367 dass Europa seine Krisen künftig alleine, nach eigenen Regeln, demokratischer und
368 transparenter löst. Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen
369 vollwertigen Europäischen Währungsfonds (EWF) überführen und ihn im EU-Recht verankern,
370 kontrolliert durch das Europaparlament und die nationalen Parlamente. Das Europäische
371 Parlament soll das Recht auf Information, Kontrolle und Miternennung der Direktorin bzw. des
372 Direktors des Europäischen Währungsfonds erhalten. Die Entscheidungen über längerfristige
373 Kredite aus dem Europäischen Währungsfonds würden aber trotzdem weiterhin bei den nationalen

374 Parlamenten liegen, solange das Geld dafür auch aus den nationalen Haushalten kommt. Um zu
375 verhindern, dass ein Land plötzlich durch Spekulationen in eine tiefe Krise schlittert,
376 braucht der EWF zusätzlich eine Möglichkeit zur schnellen Reaktion. Dafür soll er
377 kurzfristig Kredite bereitstellen können, die bereits vor einer möglichen Krise präventiv
378 wirken. Diese präventiven Kredite schützen Mitgliedstaaten davor, Opfer rein
379 finanzmarktgetriebener Effekte zu werden. Eingriffe in die wirtschaftspolitischen
380 Souveränität der Mitgliedstaaten sind hierfür nicht erforderlich. Im Falle einer Krise darf
381 es nicht wieder zu einer massiven Sparpolitik kommen, die ein Land in die soziale Krise
382 stürzt und die Wirtschaftsleistung abwürgt. Neben Auflagen zur Modernisierung der Strukturen
383 muss die Kreditvergabe an ein Land in Not diese Grundsätze beachten. Das Kaputtsparen ganzer
384 Volkswirtschaften lehnen wir ab.

385
386 Hohe Staatsschulden, das Risiko steigender Zinslasten und unverantwortliche
387 Regierungspolitik sind ein großes Risiko für die Stabilität unserer Währung. Alle Euroländer
388 brauchen daher verlässlichen Zugang zu niedrigen Zinsen und starke Anreize zu soliden
389 Staatsfinanzen. Der Konflikt zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission
390 zeigt, wie hoch das Risiko durch einseitige nationale Finanzpolitik einzelner Länder für den
391 Euro insgesamt ist. Daher wollen wir, ähnlich wie ursprünglich vom Sachverständigenrat
392 vorgeschlagen, einen Altschuldentilgungsfonds einrichten, in den die Altschulden eines
393 Landes eingebracht werden, die 60% des BIP übersteigen. Wer sich an die gemeinsam
394 vereinbarten europäischen Finanzregeln hält, soll im Gegenzug von niedrigen Zinsen für die
395 Abzahlung der Schulden im Altschuldentilgungsfonds profitieren. So vereinen wir europäische
396 Solidarität und Solidität.

397 *Bankenunion vollenden für mehr Sicherheit*

398 Ein krisenfester Euro bedeutet auch, dass keine Bank mehr die Stabilität unserer gemeinsamen
399 Währung gefährden können darf. Mit der gemeinsamen Bankenaufsicht bei der Europäischen
400 Zentralbank, mit den neuen Abwicklungsregeln, die die Gläubiger der Banken jetzt endlich zur
401 Kasse bitten, und mit dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus ist der Einstieg in die
402 Bankenunion geschafft. Doch einige Elemente fehlen noch immer, damit die neuen Regeln
403 wirksam angewandt werden können:

404 Erstens dürfen Banken nicht mehr zu Lasten der Steuerzahler gerettet werden. Dafür braucht
405 der gemeinsame Abwicklungsfonds eine Letztsicherung über den europäischen Währungsfonds. So
406 wird verhindert, dass er sich im Krisenfall als zu klein erweist. Die Letztsicherung soll
407 als Kreditlinie gestaltet werden, die nach der Krise von den Banken zurückbezahlt wird. So
408 wird gewährleistet, dass nicht doch wieder die Steuerzahler einspringen müssen.

409 Zweitens muss ein Euro überall gleich sicher sein, egal ob er bei einer niederländischen
410 oder einer slowenischen Bank angelegt ist. Sonst verstärkt sich jede Krise selbst, weil
411 Kund*innen im Krisenfall um ihr Ersparnis bangen müssen und ihr Geld abziehen. Deshalb
412 brauchen wir eine gemeinsame europäische Einlagensicherung. Sie soll als Rückversicherung
413 ausgestaltet sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale
414 überfordert ist. Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf
415 ihre bewährten Instituttsicherungssysteme setzen.

416 Es ist richtig, uns in Europa gemeinsam gegen Risiken zu versichern, weil nur Europa das
417 überhaupt leisten kann. Allerdings müssen dafür auch die Risiken der Banken in allen
418 Euroländern abgebaut werden. Auch Staatsanleihen dürfen sich nicht länger nur in den Banken
419 des jeweiligen Landes konzentrieren. Sonst führt die Krise eines Landes immer zur Krise
420 seiner Banken. Die Regulierung der Banken als Konsequenz aus der Krise ist auch noch immer
421 nicht abgeschlossen. Wir setzen uns für die Erhöhung der risikoungewichteten
422 Eigenkapitalquoten auf 10 % ein. Bei den Banken muss eine feste Schuldenbremse („leverage

423 ratio“) gelten, damit sie ihre Risiken nicht künstlich kleinrechnen können. Außerdem sollen
424 Großbanken ihr Handelsgeschäft von ihrem Kredit- und Einlagengeschäft trennen.
425 Unterschiedliche Geschäftsmodelle wollen wir nach Risiko und Komplexität unterschiedlich
426 behandeln. Die Aufsicht über kleine Banken wollen wir entbürokratisieren, um sie im
427 Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Die ähnlichen, aber jeweils leicht unterschiedlichen
428 Regeln für Banken, Versicherungen und Fonds wollen wir in einem Europäischen
429 Finanzmarktgesetzbuch zusammenfassen und vereinfachen, um unfairen Wettbewerb zu verhindern.

430 *Europolitik raus aus den Hinterzimmern – rein ins Parlament!*

431 Die gemeinsame Währung ist so wichtig für alle Europäer, dass über sie demokratisch
432 entschieden werden muss. Das Europäische Parlament ist der Ort dafür. Keine wichtige
433 Weichenstellung sollte ohne seine Zustimmung erfolgen. Ausführendes Organ und Dreh- und
434 Angelpunkt der gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist und bleibt die vom Parlament legitimierte
435 Europäische Kommission. Wir wollen, dass die zuständige Kommissarin für Wirtschaft und
436 Finanzen auch Vorsitzende der Eurogruppe wird.

437 Mit dem Euro ist ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten im Moment Realität. Aber damit
438 wollen wir uns nicht abfinden. Der Euro ist die Währung der Europäischen Union. Mit dem
439 Vertrag von Lissabon haben sich alle EU-Mitgliedstaaten - bis auf Dänemark und
440 Großbritannien - zur Einführung des Euro verpflichtet, sobald sie die Euro-Kriterien
441 erfüllen. Bereits heute sind alle EU-Staaten über den EU-Binnenmarkt sehr eng miteinander
442 verflochten. Alle den Euro betreffenden Entscheidungen haben auch unmittelbare Auswirkungen
443 auf Nicht-Eurostaaten. Neue Instrumente sollten daher für alle Mitgliedstaaten konzipiert
444 sein und Nicht-Eurostaaten zur Teilnahme an weiteren Reformen ermutigt werden, so wie dies
445 etwa schon heute beim EU-Investitionsfonds (EFSI) oder der Bankenunion der Fall ist.

446 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 447 • einen krisenfesteren Euro und einen demokratisch kontrollierten Europäischen
448 Währungsfonds,
- 449 • ein EurozonePlus-Budget zur Finanzierung gemeinsamer Aufgaben,
- 450 • die Vollendung der Bankenunion.

451 **2.4 Steuersümpfe austrocknen, Steuertricksern das Handwerk legen**

452 Unser europäisches Sozialmodell braucht eine ausreichende Finanzierung. Fehlt es den Staaten
453 an Steuereinnahmen, werden öffentliche Leistungen gekürzt und die Infrastruktur wird
454 vernachlässigt. Wir wollen, dass die Finanzierung gerecht ist: Starke Schultern sollen auch
455 mehr beitragen.

456 Der gemeinsame Binnenmarkt ist ohne Frage eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. Doch er
457 lädt wegen seiner Lücken in der Steuerpolitik, die nach wie vor in der primären Hoheit der
458 Mitgliedstaaten liegt, zur Steuervermeidung ein: Große Unternehmen können derzeit überall in
459 Europa ihre Produkte verkaufen und gleichzeitig nur im Land mit den niedrigsten Steuern ihre
460 Gewinne versteuern. Damit verabschieden sich gerade große Unternehmen, die Rekordgewinne
461 erzielen, aus der gesellschaftlichen Solidarität. Das schädigt unser Gemeinwesen und alle
462 ehrlichen Steuerzahler*innen. Kleine und mittlere Unternehmen können ihre Gewinne nicht
463 verlagern und zahlen die vollen Steuern. Sie haben damit einen Nachteil im Wettbewerb mit
464 den Konzernen. Wir wollen deshalb, dass große Unternehmen genauso wie kleine
465 Handwerksbetriebe ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Dafür wollen
466 wir beherzt gegen Steuerdumping vorgehen.

467 *Steuerdumping beenden*

468 Einige Mitgliedstaaten haben es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht, sich gegenüber dem Rest
469 der EU durch niedrige Steuersätze oder großzügige Ausnahmen attraktiv für Unternehmen zu
470 machen. Die Einzigen, die davon langfristig profitieren, sind internationale Unternehmen,
471 die damit ihre Renditen steigern. Die Steuervermeidung untergräbt das Fundament unserer
472 Wohlfahrtsstaatsmodelle in Europa. Denn die Praxis treibt indirekt Menschen in die Armut und
473 Staaten dazu, dass sie nicht in das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger investieren können.
474 Die Steuerbelastung verschiebt sich damit immer mehr zu denen, die sich ihr nicht entziehen
475 können: kleinen Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen. Wir wollen dieses
476 Geschäftsmodell beenden.

477 Die EU-Kommission hat – gerade unter dem Druck von uns Grünen – endlich damit begonnen,
478 individuelle Absprachen zwischen Mitgliedstaaten und Großunternehmen als illegale staatliche
479 Beihilfen zu verfolgen und auch zu ahnden. Das geht in die richtige Richtung. Aber das
480 reicht nicht: Wir wollen das europäische Wettbewerbsrecht so verändern, dass es zur scharfen
481 Waffe wird, mit der die EU-Kommission den zerstörerischen Steuerwettbewerb auf Kosten der
482 anderen Mitgliedstaaten bekämpfen kann.

483 Große Unternehmen verlagern zudem ihre Gewinne mit Buchungstricks in Niedrigsteuerrländer.
484 Sie nutzen die gute Infrastruktur eines Landes, tragen aber nicht zu den Kosten für sie bei.
485 Damit sich aber der internationale Kaffeekonzern ebenso an der Finanzierung des Gemeinwesens
486 beteiligt, wie es heute schon der oder die Bäcker*in an der Ecke tut, müssen auf Zahlungen
487 von Zinsen und Lizenzgebühren innerhalb der EU wieder Quellensteuern erhoben werden. Dafür
488 ist die entsprechende europäische Richtlinie zu ändern. Dann lohnen sich solche Tricks für
489 die Unternehmen nicht mehr.

490 *Europäische Unternehmensmindeststeuer*

491 Wer europaweit verkaufen darf, muss auch europaweit gleichwertig besteuert werden. Deshalb
492 ist eine einheitliche Unternehmensbesteuerung die logische Fortsetzung des Binnenmarktes.
493 Technisch gesehen wollen wir in einem ersten Schritt eine gemeinsame konsolidierte
494 Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen im Binnenmarkt.

495
496 Für die Unternehmen wäre das eine Vereinfachung. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen
497 führt ein einheitliches Steuerrecht dazu, dass sie leichter auch in anderen Mitgliedstaaten
498 tätig werden können. Es soll einen europäischen Mindeststeuersatz für alle
499 Unternehmensgewinne geben.

500 Im zweiten Schritt soll dann zeitnah die europäische Unternehmenssteuer folgen, damit es
501 endlich eine echte europäische Einnahmequelle gibt. Ein Teil der Einnahmen aus dem
502 Mindeststeuersatz soll direkt in den Haushalt fließen. Die Mitgliedstaaten können und sollen
503 Steuersätze festlegen, die über dem Mindeststeuersatz liegen. Die Einnahmen daraus fließen
504 in ihre nationalen bzw. kommunalen Haushalte. In Deutschland werden wir darauf achten, dass
505 diese Reform nicht zu Lasten von Städten und Gemeinden geht.

506 Längst überfällig ist, dass alle Großunternehmen öffentlich machen müssen, in welchem Land
507 sie ihre Umsätze machen, wo ihre Gewinne anfallen und wie viel Steuern sie darauf zahlen.
508 Dann fällt sofort auf, wenn ein Konzern seine Umsätze in Deutschland erzielt, aber seine
509 Gewinne in einen Steuersumpf verschiebt, um darauf möglichst wenig Steuern zu zahlen.
510 Transparenz ist eines der wirksamsten Mittel gegen Steuervermeidung. Die deutsche
511 Bundesregierung und Finanzminister Scholz blockieren diese Transparenz aber in Europa.
512 Dadurch ermöglichen sie Großunternehmen die Steuervermeidung erst.

513 *Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen*

514 Mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses und der Einführung eines internationalen
515 automatischen Informationsaustauschs wurde ein entscheidender Sieg gegen Steuerhinterziehung

516 erzielt. Auch das Transparenzregister der EU für Unternehmen ist ein großer grüner Erfolg
517 gegen kriminelle Geldgeschäfte. Doch selbst in Deutschland hapert die Umsetzung. Die
518 Eigentümer vieler Unternehmen sind immer noch nicht transparent. Gerade Immobilien müssten
519 der Spekulation durch kriminelles Geld so europaweit entzogen werden.

520 Die EU-Kommission schätzt, dass Europas ehrliche Steuerzahler*innen jedes Jahr um mindestens
521 50 Milliarden Euro durch Steuerbetrüger bei der Mehrwertsteuer geprellt werden. Die
522 Kommission hat einen Plan für ein einheitliches Mehrwertsteuergebiet in der EU vorgelegt,
523 der den Kriminellen das Handwerk legen soll. Die Bundesregierung blockiert auch hier in
524 Brüssel einen Fortschritt. Wir unterstützen das Ziel der Kommission.

525 Die bestehende schwarze Liste für Steueroasen in der EU ist ein erster Schritt. Wichtige
526 Steueroasen fehlen jedoch auf der Liste. Andere Staaten konnten schon mit vagen Zusagen
527 erreichen, dass sie wieder von der Liste gestrichen werden. Die Umsetzung muss nun strikt
528 überwacht werden. Die Erstellung der Liste ist komplett intransparent und lässt die
529 politische Bevorteilung einzelner Staaten vermuten. Wir wollen eine echte schwarze Liste mit
530 klaren Kriterien statt Absprachen im Hinterzimmer. Ein Eintrag auf der Liste muss
531 Konsequenzen haben. Banken, Kanzleien und Unternehmen dürfen dann keine Geschäfte in diesen
532 Ländern mehr machen, und Verstöße dagegen müssen sanktioniert werden.

533
534 Unser Ziel ist es, dass korrupte Individuen und ihr Kapital sich in der EU nicht länger
535 verstecken können. Beim Kauf von teuren Wohnungen, Luxusautos, Yachten und dergleichen soll
536 wie in Großbritannien kontrolliert werden können, ob das Vermögen auf legalem Weg erworben
537 wurde. Die EU sollte öfter Sanktionen gegen korrupte Individuen aus Drittstaaten verhängen
538 und ihnen die Einreise und den Aufenthalt in der EU verweigern. Aufenthaltsgenehmigungen und
539 Staatsbürgerschaften sollten die Mitgliedsstaaten nach fairen Verfahren vergeben und nicht
540 als "Goldene Visas" an Kriminelle verkauft werden können.

541 *Europa handlungsfähig machen*

542 Die Einstimmigkeit in Steuerfragen verhindert, dass Europa gegen Steuervermeidung vorgeht.
543 Ein einzelnes Land, das das Geschäftsmodell Steuersumpf betreibt, kann Fortschritte
544 verhindern. Um diese Blockade aufzubrechen, müssen andere Mitgliedstaaten vorangehen, damit
545 sich die Verlagerung von Gewinnen für die Unternehmen nicht mehr lohnt. Damit wird das
546 Geschäftsmodell auch für die Staaten unattraktiv.

547 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 548 • den Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerdumping und Geldwäsche,
- 549 • eine EU, in der korrupte Individuen und ihr Kapital nicht länger willkommen sind
- 550 • eine gemeinsame europäische Unternehmensmindestbesteuerung.

551 **2.5 Wettbewerb fair gestalten**

552 Wettbewerb ist die tragende Säule der Marktwirtschaft und Motor für Innovationen. Fehlt der
553 Wettbewerb, können Monopolisten hohe Gewinne auf Kosten der Verbraucher machen und
554 technische und soziale Innovationen behindern. Um das zu verhindern, braucht es einen fairen
555 Wettbewerb und eine Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Dafür ist es auch notwendig,
556 bestehende Monopole zu zerschlagen.

557 Mit der Globalisierung schaffen globale Konzernfusionen, wie jene von Bayer und Monsanto,
558 eine noch größere Marktbeherrschung mit zahlreichen negativen Auswirkungen. Unternehmen
559 agieren zunehmend branchenübergreifend – Volkswagen ist nicht nur einer der größten
560 Autokonzerne, sondern auch eine Bank, und Amazon ist nicht nur ein Onlinehändler, sondern

561 auch ein Medienunternehmen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den Anforderungen des
562 21. Jahrhunderts gerecht wird, fordern wir ein eigenständiges europäisches Kartellamt mit
563 angemessenen Mitteln und Personal. Dieses Kartellamt soll auch als europäische
564 Digitalaufsicht fungieren. Die Marktmacht der großen Digitalkonzerne wollen wir so gemeinsam
565 kontrollieren und begrenzen. Wir möchten, dass das europäische Wettbewerbsrecht bei
566 außereuropäischen Fusionen auch die Auswirkungen auf den globalen Markt ins Auge fasst und
567 sich nicht nur auf den europäischen Markt beschränkt.

568 Wir wollen erreichen, dass bei der Kontrolle von Fusionen auch wettbewerbsfremde Faktoren
569 berücksichtigt werden. Die Fusion von Bayer und Monsanto ist nicht nur für den Wettbewerb
570 problematisch. Sie hat auch negative Auswirkungen auf den Umweltschutz. Heute aber muss man
571 Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen, dass sie diese missbrauchen.
572 Das ist in der Regel nicht zu beweisen. Wir treten daher dafür ein, dass man Unternehmen
573 auch unabhängig von einem nachgewiesenen Missbrauch aufspalten kann, wenn ihre Marktmacht zu
574 groß wird.

575 Digitale Geschäftsmodelle und die sogenannte Plattformökonomie stellen uns vor neue
576 Herausforderungen. Google und Facebook beherrschen den Markt für Onlinewerbung und können
577 kleinen Unternehmen die Bedingungen diktieren. Amazon kann hohe Gebühren von kleinen
578 Unternehmen verlangen, die gezwungen sind, ihre Produkte auf der Plattform anzubieten, um
579 Käufer*innen zu finden. Wir wollen diese Unternehmen streng regulieren. Wenn sie anderen
580 Firmen den Zugang zu ihren Plattformen verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen
581 die Wettbewerbshüter*innen dagegen vorgehen. Vermietungs-Plattformen für Ferienwohnungen wie
582 Airbnb unterlaufen gesetzliche Regulierungen der Städte und Bundesländer und berufen sich
583 dabei auf die Regeln des Europäischen Binnenmarktes. Gegen die Städte die versuchen,
584 Wohnraum vor Spekulation zu schützen, haben diese Plattformen sogar Beschwerde bei der EU-
585 Kommission eingelegt. Es kann nicht sein, dass diese Online-Plattformen die
586 Entscheidungsmacht der Städte und Bundesländer aushebeln. Die EU-Kommission ist gefordert,
587 sicherzustellen, dass diese Plattformen bei der Regulierung von Ferienwohnungen endlich
588 mitwirken müssen.

589 Facebook hat als soziales Netzwerk ein Monopol geschaffen. Kein anderes Unternehmen kann
590 erfolgreich ein soziales Netzwerk betreiben, weil es davon lebt, dass viele andere Menschen
591 es ebenfalls nutzen. Mit dem Zukauf von Instagram und WhatsApp hat Facebook seine
592 Monopolstellung ausgeweitet. Um für mehr Wettbewerb zu sorgen, wollen wir diese Unternehmen
593 wieder aufspalten. Wer von Facebook zu einem anderen sozialen Netzwerk wechseln will, muss
594 zudem seine Daten einfach und schnell mitnehmen können.

595
596 Die Lohnungleichheit ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Gesamt-EU
597 beträchtlich. Extrem ungleiche materielle Verhältnisse sind eine Mitursache für Populismus,
598 Autoritarismus und für soziale Unruhe. Neben Lohndumping- und Steuerbetrugsverhinderung
599 fordern wir daher die Prüfung eines verbindlichen maximalen Abstands zwischen dem höchsten
600 und niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen. Dafür möchten wir eine vielfältig besetzte
601 Kommission einsetzen.

602
603 Neben der Verhinderung von Monopolismus bedeutet fairer Wettbewerb aber auch, sich nicht
604 durch Niedriglöhne und Sozialabbau Wettbewerbsvorteile auf Kosten anderer zu verschaffen.
605 Gerade Deutschland hat dieses Wettbewerbsmodell in den letzten Jahren auf Kosten des eigenen
606 sozialen Zusammenhalts wie auch seiner europäischen Nachbarn betrieben. Es ist nicht
607 zuletzt auch solche Politik, die Menschen in die Fänge nationalistischer Scheinalternativen
608 treibt. Stattdessen brauchen wir dringend echte Alternativen, die Europa als solidarische
609 Sozialunion definieren: als eine Gemeinschaft, die sich geschlossen gegen das ökonomische
610 Ausspielen des einen gegen den anderen stellt.

611 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 612 • ein starkes europäisches Kartellamt,
- 613 • die Kontrolle digitaler Marktmacht,
- 614 • die Zerschlagung des Facebook-Imperiums.
- 615 • eine Kommission, die die europaweite Einführung eines maximalen Abstands zwischen dem
- 616 höchsten und dem niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen prüft ("Lohnhebel")

617 **2.6 Soziale Sicherheit garantieren**

618 Wir stehen für ein soziales und gerechtes Europa, in dem alle Menschen gleiche Chancen
619 haben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Derzeit ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Es
620 bestehen weitreichende wirtschaftliche Freiheiten im Binnenmarkt. Gemeinsame Arbeits- und
621 Sozialstandards sind hingegen unterentwickelt. Deshalb wird die EU häufig als Bedrohung für
622 soziale Sicherheit gesehen. Zu Unrecht. Tatsächlich ist es so, dass die Nationalstaaten die
623 Kompetenz für die sozialen Sicherungssysteme wie Rente, Gesundheit, Pflege oder
624 Grundsicherung haben. Doch an einer Stelle kann die europäische Ebene schon heute handeln:
625 Sie kann gemeinsame Mindeststandards schaffen und grenzüberschreitendes Arbeiten sozial
626 absichern.

627 *Soziale Grundrechte für Europas Bürger*innen garantieren*

628 In der EU sollten alle Menschen ein würdevolles Leben führen können. Deshalb ist die
629 Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell. Verlässliche
630 soziale Rechte sind die Voraussetzung dafür, dass Binnenmarkt und Währungsunion im Interesse
631 der Menschen wirken. Die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte
632 müssen als Grundrechte aller EU-Bürger*innen gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem
633 Europäischen Gerichtshof einklagbar sein. So können zum Beispiel Arbeitslose, denen das
634 Recht auf Vermittlung in Arbeit verweigert wird, sich dagegen zur Wehr setzen.
635 Arbeitnehmer*innen, die keinen angemessenen Urlaub oder Ruhepausen bekommen, erhalten
636 Beistand von der EU. Und Bürger*innen können gegen ihr Land klagen, wenn ihnen aufgrund
637 eines miserablen nationalen Gesundheitssystems das in der EU-Grundrechtecharta verbriefte
638 Recht auf medizinische Versorgung verwehrt wird. So wird die Europäische Union zu einem
639 Garanten für soziale Rechte.

640 Wir fordern außerdem, dass das EU-Recht den sozialen Rechten und den
641 Arbeitnehmer*innenrechten mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie den
642 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts wie beispielsweise der Dienstleistungsfreiheit.
643 Damit der Europäische Gerichtshof bei Entscheidungen zum Binnenmarkt Arbeitnehmerrechte
644 nicht den wirtschaftlichen Freiheiten unterordnet, müssen die entsprechenden Gesetze
645 angepasst werden.

647 *Betriebliche Mitbestimmung in ganz Europa sichern*

648
649 Die Freizügigkeit in Europa darf nicht dazu führen, dass Unternehmen dort ihren Firmensitz
650 einrichten, wo die niedrigsten Standards in der Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen gelten.
651 Deshalb wollen wir die europäischen Betriebsräte und ihre Mitbestimmungsrechte stärken und
652 beispielsweise eine Parität von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen an Entscheidungen
653 in allen Unternehmen mit mehr als 1000 Angestellten über die Grenzen der Mitgliedsstaaten
654 hinweg nach dem Vorbild Sloweniens durchsetzen. Wir wollen starke europäische
655 Gewerkschaften. Grünes Ziel ist darüber hinaus, dass die freie gewerkschaftliche Betätigung
656 entsprechend der Kernarbeitsnormen der ILO in allen Unternehmen in Europa garantiert wird.

657 *Soziale Mindeststandards in ganz Europa*

658 Allen Menschen in Europa wollen wir ein würdevolles Existenzminimum garantieren. Dafür
659 braucht es einen europäischen Rahmen für eine Grundsicherung in allen Mitgliedstaaten. Die
660 EU muss gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten wirkungsvolle Maßnahmen gegen Kinderarmut
661 entwickeln. Wir wollen, dass kein Kind in der EU in Armut leben muss. Wir machen uns stark
662 für eine europäische Grundsicherungs-Richtlinie, die soziale Mindeststandards für jedes Land
663 festlegt, angepasst an die jeweilige ökonomische Situation. Die Mitgliedstaaten sind
664 natürlich angehalten, höhere Standards zu behalten oder neu zu schaffen. Das Gleiche gilt
665 für die nationalen Gesundheitssysteme. Auch hier braucht es einen Mindestversorgungsstandard
666 in allen Ländern. Jede*r Europäer*in muss sich darauf verlassen können, bei Krankheit oder
667 Pflegebedürftigkeit gut versorgt zu werden; der Ausschluss von Bevölkerungsgruppen vom
668 Zugang zum Gesundheitswesen ist deshalb zu sanktionieren.

669 Wir streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge
670 nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.
671 Europäischen Austausch und Transparenz zu Best-Practice-Modellen in den Bereichen
672 Gesundheitsversorgung und Pflege wollen wir fördern.

673
674 Medizinische Studien müssen die Gesundheit schützen, geschlechtsspezifische Unterschiede
675 berücksichtigen und transparent sein. Wir streben mehr unabhängige Forschung zu Versorgung
676 und Produkten sowie strengere Regelungen für den Patientenschutz und gegen die einseitige
677 Einflussnahme der Pharma- und Medizinprodukteindustrie an. Vor dem Hintergrund
678 verunreinigter Arzneimittel sind Funktion und Arbeitsweise der europäischen und nationalen
679 Arzneimittelaufsichtsorgane dringend zu verbessern.

680
681 Auch bei der Altersvorsorge kann Europa Standards setzen. Die Kommission hat zum Beispiel
682 einen Vorschlag für ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP) gemacht. Leider
683 hat sich die Kommission dabei zu sehr von der Lobby der Lebensversicherer leiten lassen,
684 anstatt einen Vorschlag in Anlehnung an eines der besten privaten Altersvorsorgeprodukt in
685 Europa, nämlich die schwedische „Premium Pension“ zu entwickeln. In Schweden können alle
686 Bürgerinnen und Bürger einen bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens in einen staatlichen
687 Pensionsfonds einzahlen, der einerseits fast ohne Gebühren auskommt und andererseits dank
688 seiner Anlagestrategie auch eine besonders hohe Rendite erwirtschaftet. Wir wollen, dass
689 auch die Menschen außerhalb Schwedens ihre private Altersvorsorge mit einem solchen
690 Bürgerfonds durchführen können. Daher soll Europa einen solchen Bürgerfonds in Anlehnung an
691 dieses seit über fast zwanzig Jahre erprobte Konzept einführen.

692
693 Wir benötigen in Europa eine bezahlbare und nachhaltige Energie. Energieeffizienzmaßnahmen
694 und die Energiewende dürfen Menschen nicht aus ihren Wohnungen treiben. Deshalb müssen diese
695 Maßnahmen sozial flankiert werden, damit das Wohnen für alle bezahlbar bleibt.

696
697 Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine der großen gesamteuropäischen Aufgaben.
698 Es wird in den nächsten Jahrzehnten mehr Pflegebedürftige und an Demenz erkrankte Menschen
699 geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein selbstbestimmtes und aktives Leben in Würde zu
700 ermöglichen. Dafür benötigen wir in Europa gemeinsame Anstrengungen zur Pflegepolitik, bei
701 denen auch Themen wie neue Wohn- und Pflegeformen, Einhaltung der UN-
702 Behindertenrechtskonvention, Entlastung der familiären Pflege sowie der Fachkräftebedarf in
703 den Mittelpunkt gerückt werden. Schon heute wird die Pflegearbeit zu einem erheblichen Teil
704 durch Arbeitsmigration innerhalb der Union und aus Drittstaaten bewältigt. Pflegekräfte und
705 Kräfte, die die häusliche Pflege unterstützen, müssen vor Ausbeutung geschützt und fair
706 entlohnt werden. Die Abwerbung von Pflegekräften darf nicht dazu führen, dass der
707 Pflegekräftemangel in ärmere Mitgliedstaaten exportiert wird. Dies gilt auch für die

708 Abwerbung von Ärzt*innen, die keine Verschlechterung der medizinischen Versorgung in diesen
709 Ländern bedingen darf. Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffe und Rückstände in
710 Trinkwasser und Nahrungsmitteln bedrohen die menschliche Gesundheit. Wir setzen uns dafür
711 ein, dass das Vorsorgeprinzip in allen Bereichen, die die menschliche Gesundheit betreffen,
712 uneingeschränkt zur Anwendung gelangt.

713 Prävention statt Repression - Cannabis europaweit legalisieren

714
715 Wir setzen uns ein für eine europäische Drogenpolitik, die auf Prävention statt Repression
716 setzt sowie auf Hilfe und Entkriminalisierung statt Verbote. Anstelle der gescheiterten
717 Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken
718 orientierte Regulierung von Drogen. Dazu gehört für uns zum Beispiel die europaweite
719 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis. Pauschale Verbote neuer psychoaktiver
720 Substanzen lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir Zulassungsverfahren auf der Grundlage von
721 Risikobewertungen und einem strengen Jugend- und Verbraucherschutz.

722
723 Die Europäische Union soll dazu beitragen, dass überall in Europa ein gut ausgebautes
724 Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchgefährdeten Menschen
725 besteht. Erfolgreiche Ansätze wie Inhaltsstoff-Analysen illegaler Drogen (Drugchecking),
726 Substitutionsprogramme, Konsumräume und Programme zur Originalstoffabgabe und andere
727 Maßnahmen zur Schadensminimierung in allen EU-Mitgliedsländern verfügbar gemacht werden.

728
729 Wir wollen, dass die Hersteller und Anbieter von gesundheitsgefährdenden Produkten stärker
730 verpflichtet werden, Jugend- und Verbraucherschutz sicherzustellen. Bei der Tabakprävention
731 hat die EU durch Warnhinweise und andere Maßnahmen neue Maßstäbe gesetzt. Dies hat zu einem
732 Rückgang des Tabakkonsums etwa bei Jugendlichen in Deutschland beigetragen.
733 Gesundheitsgefährdende Marketingstrategien der Alkohol- und Tabakindustrie wollen wir in
734 Europa konsequent zurückdrängen. Dazu gehört, dass Außenwerbung und Kinowerbung für Drogen
735 komplett abgeschafft wird. Wir setzen uns für eine Angleichung der Besteuerung von
736 Tabakerhitzen und Zigaretten sowie höhere Mindeststeuern und eine einheitliche Besteuerung
737 alkoholischer Produkte ein. Auch Marketingstrategien für Medikamente müssen kritisch
738 überprüft werden.

739
740 Zudem fordern wir eine europaweite Strategie zur wirksamen Prävention von nicht
741 substanzgebundenen Abhängigkeitserkrankungen wie beispielsweise der Spielsucht oder dem
742 problematischen Konsum einzelner Internetanwendungen. Ihnen muss z. B. mit Hinweisen zum
743 sachgerechten Umgang und Maßnahmen zur Steigerung der Medienkompetenz begegnet werden. Bei
744 allen Maßnahmen ist zudem die Selbstbestimmung der Menschen zu respektieren, anstatt sie zu
745 entrechten oder zu kriminalisieren.

746
747 *Mindestlöhne in ganz Europa – gleicher Lohn für gleiche Arbeit*

748 Alle Menschen sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Die Mindestlöhne, die in den EU-
749 Mitgliedstaaten derzeit gezahlt werden, variieren jedoch stark, und nicht alle
750 Mitgliedsländer haben einen Mindestlohn. Um Lohndumping in der EU zu Lasten aller
751 Arbeitnehmer*innen zu verhindern, setzen wir uns daher für eine Mindestlohn-Richtlinie ein,
752 die allen Arbeitnehmer*innen in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen
753 Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert. Damit leisten die Arbeitgeber*innen auch
754 einen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU. Außerdem fordern wir
755 konkrete Maßnahmen gegen die geschlechterspezifische Entgelt-Ungleichheit (Gender Pay Gap),
756 wie beispielsweise die Einführung einer europäischen Entgelttransparenzrichtlinie.

757 Viele Arbeiter*innen aus Osteuropa werden in deutschen Betrieben, z.B. in der

758 Fleischindustrie durch Subunternehmer mittels Werkverträgen zu niedrigen Löhnen und
759 unwürdigen Bedingungen beschäftigt. Osteuropäische Haushaltshilfen müssen häufig rund um die
760 Uhr verfügbar sein.

761 Wir wollen die Einrichtung von Beratungsangeboten in den Heimatländern fördern. Wir wollen
762 die Integrationsangebote, z.B. Sprachkurse, die mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds
763 (ESF) finanziert werden auch für Arbeitnehmer*innen aus der EU und deren Angehörige öffnen,
764 dazu zählt die aktive Förderung der Kinder von zugezogenen Arbeitnehmer*innen.

765
766 Die in der neuen Entsenderichtlinie vorgesehene Regelung, dass Unterbringungsbedingungen für
767 entsandte Arbeitnehmer angemessen und im Einklang mit den nationalen Vorschriften stehen
768 sollen, muss mit einem wirksamen Sanktionsrahmen versehen werden.

769
770 Die neue Entsenderichtlinie war ein wichtiger grüner Teilerfolg, um den Grundsatz „gleicher
771 Lohn für gleiche Arbeit“ in Europa durchzusetzen. Für die Umsetzung braucht es aber mehr
772 staatliche Kontrollen. Außerdem müssen auch in andere Länder entsandte LKW-Fahrer*innen
773 dringend in die Entsenderichtlinie aufgenommen und umfassend geschützt werden. Bislang
774 sorgen aber Konservative, Liberale und Sozialdemokraten im Europaparlament dafür, dass ihnen
775 soziale Rechte auf angemessene Bezahlung und Ruhepausen weiterhin verwehrt werden.

776 Diskriminierung am Arbeitsplatz bekämpfen

777
778 Alle Europäer*innen haben das Recht auf Gleichbehandlung. Leider ist das für viele Menschen
779 am Arbeitsplatz noch keine Realität. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Alters,
780 einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder Rasse, der Religion, der sexuellen
781 Orientierung und weiteren Merkmalen ist weiterhin Realität. Die EU hat im Kampf gegen
782 unfaire Behandlung bereits viel erreicht. Wir stehen für einen weiteren Ausbau von
783 Initiativen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, um allen Menschen Gleichbehandlung zu
784 garantieren.

785
786 Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs gegen die Diskriminierung an von
787 Religionsgemeinschaften und anderen Tendenzbetrieben angebotenen Arbeitsplätzen muss in
788 nationales Recht umgesetzt werden.

789 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 790 • einklagbare soziale Grundrechte,
- 791 • eine Grundsicherung für alle Menschen in der EU,
- 792 • europaweite Legalisierung von Cannabis,
- 793 • europaweite Mindestlöhne

794 **2.7 Mobil arbeiten in Europa: Freizügigkeit sozial ausgestalten**

795 Alle EU-Europäer*innen haben das Recht, sich in der EU frei zu bewegen, ihren Wohn- und
796 Arbeitsort frei zu wählen. Freizügigkeit ist Kern des europäischen Projektes.

797 Steuer- und Sozialversicherungsrecht muss so gestaltet werden, dass es mobile
798 Arbeitnehmer*innen stärkt. Eine Arbeitnehmerin, die sich für eine Arbeit in einem anderen
799 Land entscheidet, darf deshalb keine Nachteile erleiden. Bestehende Versicherungslücken für
800 Grenzpendler*innen müssen geschlossen werden. Die Anerkennung von Bildungs- und
801 Berufsabschlüssen innerhalb Europas muss weiter verbessert werden. Gleiches gilt auch für
802 die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Noch immer ist es oftmals schwer,
803 bürokratisch und langwierig im Nicht-EU-Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifizierungen

804 anerkennen zu lassen. Daher wollen wir die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit auch für
805 Migrant*innen aus Drittstaaten innerhalb der EU stärken.

806 Wir wollen die Beratung von Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Mitgliedstaaten vor Ort
807 verbessern und die EU-Beratungsstellen ausbauen. So bauen wir Hürden für Mobilität in Europa
808 ab.

809 Wir unterstützen die neue europäische Arbeitsbehörde, um sicherzustellen, dass
810 grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer gleiche Rechte in allen EU-Ländern haben. Nationale
811 Behörden müssen hier mit der neuen Arbeitsbehörde kooperieren. Arbeitnehmer*innen brauchen
812 Stärkung bei der Ausübung der Freizügigkeit und auch bei der Durchsetzung ihrer sozialen
813 Grundrechte - dazu gehört auch der Schutz vor sexualisierter Gewalt. Eine europäische statt
814 nationale Sozialversicherungsnummer muss folgen, damit wer grenzüberschreitend arbeitet
815 unkompliziert soziale Sicherheit und hinterher seine Rente genießen kann. Ein EU-
816 Sozialversicherungsregister ist folgerichtig, um Sozialdumping das Handwerk zu legen.

817 Die Mobilität von LSBTIQ* Menschen ist in besonderen Maßen eingeschränkt. In den meisten
818 Mitgliedsstaaten werden ihre Ehen und Lebenspartnerschaften zwar anerkannt, aber in einigen
819 Staaten auch weiterhin nicht. Regenbogenfamilien müssen sich vor Antritt einer Reise immer
820 fragen, ob sie als Eltern ihrer Kinder in einem anderen Mitgliedstaat rechtlich anerkannt
821 sind. Das darf nicht sein. Regenbogenfamilien, Lebenspartnerschaften und
822 gleichgeschlechtliche Ehen müssen europaweit anerkannt werden. Dazu gehört die Anerkennung
823 von Geburtsurkunden, Adoptionen und Pflegekindvereinbarungen oder anderen Dokumenten, die
824 den Familienstatus betreffen.

825 Die besondere Stärke der EU ist, dass Arbeitnehmer*innen, die in Europa mobil sind, ihre in
826 einem Land erworbenen Ansprüche nicht verlieren, sondern mitnehmen können. Eine
827 Arbeitnehmerin, die sich in Österreich eine Rente erarbeitet hat, kann ihren Ruhestand auch
828 in Schweden verbringen. Wir wollen, dass dies auch für Betriebsrenten uneingeschränkt gilt.

829 Dass die EU sicherstellt, dass Arbeitnehmer nicht aufgrund ihrer Nationalität diskriminiert
830 werden, ist Ausdruck des gemeinsamen Wertekanons und zugleich eine essenzielle Maßnahme
831 gegen Sozialdumping. Umso unverständlicher ist es, dass gerade in diesem Zusammenhang in
832 Deutschland immer wieder die Debatte über das Kindergeld vom Zaun gebrochen wird. Kindergeld
833 erhalten in Deutschland alle Arbeitnehmer*innen, die arbeiten und Steuern zahlen.
834 Das soll auch so bleiben. Es gibt zwar Fälle von Missbrauch durch Einzelne, allerdings ist
835 dies kein Grund das komplette System in Frage zu stellen.

836 Ein evtl. Missbrauch der Kindergeldregelungen darf jedoch nicht dazu führen, dass alle
837 Unionsbürger*innen in Mithaftung genommen werden, die einfach nur ihr Recht auf
838 Freizügigkeit wahrnehmen. Zumal das ja auch heißen würde, wenn es für Kinder im Ausland
839 weniger Geld gäbe, dass das auch für das deutsche Kind gelten müsste, das zum Beispiel in
840 Krakau studiert.

841 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 842 • einen einfacheren Arbeitsplatzwechsel in andere EU-Länder,
- 843 • Freizügigkeit mit Schutz für Arbeitnehmer*innen in Europa.